

## Neues Schrifttum

*Ludwig Weinacht* im Rahmen seiner Analyse des Charakters Gebhard Müllers. Er zeigt, wie Gebhard Müller mit größerer Härte als sein Freiburger Regierungschefkollege Leo Wohleb den Spielraum gegenüber den französischen Besatzungsherren geschickt ausgeweitet hat, namentlich im Demontagenstreit von 1948/49, und verweist darauf, dass in Tübingen anders als in Freiburg eine Regierung wirkte, die sich auf alle Fraktionen im Landtag stützte. *Weinacht* zeigt, dass Müller es verstand, die Interessengegensätze von amerikanischer und französischer Besatzungsmacht auszunutzen und die Presse im amerikanisch besetzten Württemberg-Baden für sich einzuspannen.

Seit Frühjahr 1949 ist der Demontagenkonflikt mit den Franzosen ausgestanden. Nun widmete sich Müller neben seiner äußerst sparsamen Regierungspolitik vor allem der Herbeiführung des Südweststaats. Er kooperierte loyal mit dem Stuttgarter Regierungschef Reinhold Maier und wurde trotz heftiger Anfeindungen aus dem südlichen Baden zu einem Mittler zwischen Stuttgart und Freiburg. *Weinacht* untersucht auf Grund von persönlichen Briefen Müllers und Wohlebs, die in den Staatsarchiven Freiburg und Sigmaringen aufbewahrt werden, die vielzitierte persönliche Freundschaft zwischen den Staatspräsidenten Württemberg-Hohenzollerns und Badens. Er kommt zum Schluss, dass diese Freundschaft trotz wachsender Intensität zwiespältig gewesen sei, weil die Beziehung der Beiden in der Südweststaatsfrage von „einer scharf konturierten, sachlichen Gegnerschaft“ bestimmt gewesen sei.

War indessen die „Staatsgründung im Südwesten im wesentlichen sein [d. h. Müllers] Verdienst“, wie es *Weinacht* unter Berufung auf *Paul Feuchte* und andere behauptet? *Weinacht* räumt ein, dass es entgegen der von Müller favorisierten Abstimmung nach alten Ländern „Reinhold Maier gewesen [ist], der sich am 7. Dezember 1949 den Abstimmungsmodus in vier Bezirken hatte einfallen lassen“, was zum von Gengler und Kiesinger eingebrachten Entwurf für ein Neugliederungsgesetz geführt habe, das mit einer Mehrheit diesseits der CDU-Mehrheit im Bundestag verabschiedet worden sei. Zu fragen ist also, ob der Südweststaat nicht mindestens mehrere Gründer gehabt hat (*Weinacht* spricht von Müllers „Rolle als Gründer des Bundeslandes Baden-Württemberg“) und wie die Anteile an der Gründung des Südweststaats aufzuteilen sind. Aufgegangen ist eben am Ende die Strategie Reinhold Maiers und nicht die Gebhard Müllers.

*Klaus-Jürgen Matz* zeigt in seinem Beitrag über Gebhard Müller zwischen 1952 und 1958, dass Müller 1952 erwartet haben muss, als Vertreter der CDU, der im Gesamtland stärksten Partei, erster Ministerpräsident des neu geschaffenen Südweststaats zu werden, obwohl er in einer Unterredung mit Maier wenige Tage vor dem 25. April 1952 selbst auf das Amt des Regierungschefs, ja sogar auf ein Ministeramt verzichtet hatte. Dass ihn Reinhold Maier durch eine hinter seinem Rücken gezimmerte Koalition der anderen demokratischen Parteien im Landtag überspielt hat und selbst erster Ministerpräsident des Südweststaats geworden ist und die CDU in die Opposition gedrängt hat, hat Gebhard Müller sein Leben lang als politisch nicht korrekt und kränkend empfunden. *Matz* weist zu Recht darauf hin, dass Reinhold Maier bereits an der Jahreswende 1950/51 in Württemberg-Baden entgegen seiner Absicht, die CDU an der Regierung zu beteiligen, dazu gezwungen war, die Regierung alleine mit der SPD zu bilden, „weil sich die CDU selbst bei der Regierungsbildung jeder